

**Pressesprecher  
Bernd Sanders**

Landeshaus  
24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>  
e-mail: [fraktion@cdu.landsh.de](mailto:fraktion@cdu.landsh.de)

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Nr. 59/01 vom 12. Februar 2001**

**Sylvia Eisenberg:**

### **Drei Initiativen der CDU zur Stärkung der Beruflichen Schulen**

Rund 260 Lehrkräfte für die berufsbildenden Schulen wird das Land bis zum Jahr 2005 jährlich benötigen. Erst im Jahr 2008 wird der Höchststand der Schüler/innen an beruflichen Schulen erreicht sein. Bereits heute kann der Bedarf an Lehramtskandidaten und Planstellen nicht allein durch Bewerber aus Schleswig-Holstein gedeckt werden.

"Diese Ausgangslage muss die Alarmglocken klingeln lassen", so die berufsbildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Sylvia Eisenberg. Alle, auch unkonventionelle Maßnahmen, sollten ergriffen werden, um den Bedarf an Berufsschullehrerinnen und -lehrer zu decken, der höher sei als in jedem anderen Lehrerberuf.

Verbesserung der Rahmenbedingungen und Flexibilisierung der Eingangsvoraussetzung ohne Abstriche in der Qualität seien Maßnahmen, die notwendig sind, um kurzfristig den dringendsten Mangel zu beheben.

Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung in der nächsten Landtagssitzung auf, die Änderung des §63 des Bundesbesoldungsgesetzes schnellstens voranzutreiben, um v. a. den Lehramtsanwärtern im Vorbereitungsdienst der beruflichen Schulen eine Erhöhung der Bezüge zu ermöglichen und so die Eingangsbedingungen attraktiver zu gestalten.

Mit einem zweiten Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, die Eingangsvoraussetzungen des Vorbereitungsdienst für Fachlehrer/innen an beruflichen Schulen dahingehend zu flexibilisieren, dass auch qualifizierte Meister/innen ohne die formale Eingangsvoraussetzung der Fachhochschulreife in den Vorbereitungsdienst eintreten können. Das war bis 1998 möglich, wurde dann aber im Wege der Vereinheitlichung wieder zurückgenommen.

(Hessen besitzt diese Regelung heute noch, sie wird aber von den anderen Bundesländern nicht anerkannt). Ein Qualitätsverlust sei nicht zu befürchten, so Sylvia Eisenberg, da die fehlenden formalen Voraussetzungen innerhalb des Vorbereitungsdienstes nachgeholt werden könnten. Als positiv bewertet Sylvia

Eisenberg auch, dass zur originären Aufgabe von Meisterinnen und Meistern eben auch die Betreuung von Auszubildenden gehöre und die Berufsschule auf diese Art Praktiker gewinne.

"Mit diesem Paket in Verbindung mit der im letzten Jahr auf Betreiben der CDU endlich wieder zugestandenem Verbeamtung der Lehrkräfte werden erste Schritte getan, um den Lehrerberuf an beruflichen Schulen wieder attraktiv zu gestalten" so Sylvia Eisenberg.

Eine größere Attraktivität und insgesamt eine Aufwertung der Beruflichen Schulen im Lande erhofft sich Sylvia Eisenberg durch eine strukturelle Veränderung der Beruflichen Schulen in Richtung auf ein regionales Dienstleistungszentrum, das sowohl die berufliche Erstausbildung leiste als auch in Verbindung mit der Wirtschaft Dienstleistungen für die Region anbiete und so die vorhandenen Ressourcen wirtschaftlich nutzen könne. Erste Eckwerte dazu habe der Arbeitskreis „Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport“ der CDU-Landtagsfraktion bereits vorbereitet. Am 27. März ,17 Uhr, werden auf Einladung des Fraktionsarbeitskreises und des Landesarbeitskreises die Teilnehmer einer Fachtagung im Landeshaus über die Möglichkeiten eines veränderten Konzeptes diskutieren.

Eine dritte Initiative der CDU betreffe diejenigen Auszubildenden, die trotz erheblicher Bemühungen im theoretischen Bereich der Berufsschule versagen, folglich als ungelernte Arbeitnehmer gelten, obwohl sie im rein praktischen Bereich nach Auskunft der Ausbilder gute bis sehr gute Arbeit leisten. Diese Auszubildenden (ca. 25% der Auszubildenden) sollen nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion eine Abschlussqualifikation erhalten, die unterhalb des Gesellenbriefes liege und ihnen die Möglichkeit eröffne, später den ordentlichen Gesellenbrief nachzuholen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Ausbildungsordnung geändert werden. Diese Flexibilisierung sei aber nur in Verbindung und mit Zustimmung der beteiligten Kammern und Gewerkschaften auf Bundesebene möglich. Den Anstoß soll dazu soll die Landtagsinitiative geben.